Nr. 616
A 312
Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 30. Dezember 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur im Ausn. d. Handelsteils: Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Frankreich als Schuldner

und als Gläubiger

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ist **Paris**, 29. Dezember

Die von einem in Paris erscheinenden amerikanischen Blatte verbreitete Meldung, wonach in der Haltung der zuständigen Washingtoner Stellen in der Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden demnächst unter dem Eindruck des Parker Gilbertschen Berichtes eine entscheidende Aenderung zu erwarten sei, begegnet in hiesigen maßgebenden Kreisen starker Skepsis. Eine authentische Bestätigung liegt dafür hier jedenfalls nicht vor.

Die sensationellen Mitteilungen des Blattes stehen in einem scharfen Widerspruch zu allem, was über die Auffassung der amerikanischen Regierung bisher authentisch bekannt geworden ist, als daß sie ohne weiteres glaubhaft erscheinen könnten. Rückhaltlose Zustimmung hat in Amerika nur derjenige Teil des Berichtes des Reparationsagenten gefunden, der die Notwendigkeit einer endgültigen Festsetzung der deutschen Gesamtschuld betont; dagegen hat die vor allem in Frankreich vertretene Ansicht, daß jede Aenderung des Dawes-Planes eine Revision der interalliierten Schulden zur unerläßlichen Voraussetzung haben müsse, durch den amerikanischen Schatzsekretär Mellon selbst bereits eine sehr scharfe Zurückweisung erfahren.

Daß man in Amerika diesen starren Prinzipienstandpunkt eines Tages aufgeben wird, darüber besteht hier kaum ein Zweifel. Dagegen hält man es für wenig wahrscheinlich, daß dies vor dem Wechsel auf dem amerikanischen Präsidentenstuhl geschehen wird.

Trotzdem seien als symptomatisch für die französische Einstellung zum Reparationsproblem die Ergebnisse einer Enquete wiedergegeben, die der „Intransigeant" auf Grund der amerikanischen Meldungen in maßgebenden Kreisen angestellt hat.

Das Blatt glaubt versichern zu können, daß die französische Regierung im Falle einer Aenderung der amerikanischen Meinung in der Frage der interalliierten Schulden sich einer Revision der deutschen Schuldverpflichtungen nicht widersetzen würde, dies jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen über die Herabsetzung der deutschen Schuld gleichzeitig und parallel mit den Verhandlungen über eine Reduktion der französischen Zahlungsverpflichtungen gegenüber England und Amerika geführt würden.

Jedenfalls würde Frankreich sich diesmal nicht mit einer leeren Versprechung begnügen. Dagegen verlange es nicht, daß seine eigene Schuld um den gleichen Betrag reduziert werde, denn es selbst von seinen Forderungen an Deutschland eventuell nachlassen werde. Die französische Regierung würde sich vielmehr mit einer proportionellen Reduktion zufrieden geben und nur verlangen, daß nach Ausgleich der interalliierten Schuldverpflichtungen aus den deutschen Reparationszahlungen so viel übrig bleibe, daß sie wenigstens einen Teil der von ihr für den Wiederaufbau aufgewandten Kosten hereinbekomme.

Der Stand der Polen-Verhandlungen

Provisorium oder nicht? / Gegen unbegründeten Pessimismus / Der Warenverkehr steigt schon jetzt

In den ersten Januartagen werden in Warschau die durch das Weihnachtsfest unterbrochenen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Ueber die bisher erzielten Erfolge hat erst vor kurzem der deutsche Delegationsführer Minister a. D. Hermes in Berlin Bericht erstattet, wobei man auf deutscher Seite den Eindruck hatte, daß es in Warschau gerne gesehen werden würde, wenn bei den weiteren Verhandlungen zu Beginn des nächsten Jahres die bisherige Basis eines Vorvertrages erweitert und gleich über einen endgültigen Vertrag verhandelt werden könnte.

Die Bedenken, die nach den Vereinbarungen zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Spezialdelegierten Jackowski auf deutscher Seite gegen eine derartige Erweiterung der Verhandlungsbasis geltend gemacht worden sind, haben nun anscheinend in Warschau einen gewissen Pessimismus hervorgerufen, obgleich man in Berlin nicht ganz mit Unrecht lediglich betont hat, daß die Verhandlungen unter diesen neuen Voraussetzungen beträchtlich länger dauern würden als Verhandlungen über einen Vorvertrag.

Die sich mehrenden Stimmen des polnischen Pessimismus haben aber, soweit wir unterrichtet sind, ihren Eindruck in Berlin nicht verfehlt. Noch vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen wird man den Versuch machen, in Warschau darüber aufzuklären, daß von den für die deutsche Außenpolitik verantwortlichen Stellen eine Verzögerung oder gar Verschleppung der im November begonnenen neuen Verhandlungen nicht gewünscht wird. Man hofft auf diese Weise, hoffentlich mit Recht, den kommenden Besprechungen einen neuen kräftigen Antrieb zu geben, denn neue Schwierigkeiten könnten nur geeignet sein, die Wirtschaft in beiden Staaten von neuem zu schädigen.

Wie stark schon die Aussicht auf normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen gewirkt hat, zeigen die Exportzahlen für die drei ersten Vierteljahre des Jahres 1927. Die deutsche Ausfuhr nach Polen in dieser Zeitspanne hatte einen Wert von 301,4 Millionen Goldmark gegen 260,8 Millionen für das ganze Jahr 1926. Die polnische Ausfuhr nach Deutschland betrug für die ersten neun Monate des Jahres 1927 267,4 Millionen Goldmark gegen 304,5 Millionen für das ganze Jahr 1926.

Da in den Zahlen für 1927 die im November in Berlin vereinbarten Erleichterungen im Handelsverkehr noch nicht erscheinen, darf man für das kommende Jahr ohne weiteres mit einer weiteren starken Hebung des Warenaustausches rechnen. Wenn dabei das Verhältnis zwischen deutscher Ausfuhr und polnischer Einfuhr durch gewisse Konzessionen, die bisher besonders für die Schnittholzeinfuhr gemacht worden sind, nicht ganz so günstig bleibt wie bisher, so wird dadurch noch keineswegs der Beweis erbracht, daß etwaige deutsche Konzessionen, die auf dem Gebiete der Agrareinfuhr und des Kohlenkontingentes noch gemacht werden müssen, das Geschäft mit Polen für die deutsche Wirtschaft unrentabel machen könnten.

Mit dieser Argumentation wird aber bereits jetzt, obgleich die hier zitierten Zahlen bekannt sind, von verschiedenen Seiten gearbeitet. Hier rechtzeitig für Aufklärung zu sorgen, wäre für die Verantwortlichen eine fast ebenso wichtige Aufgabe wie die Zerstreuung polnischer Befürchtungen über den deutschen Verhandlungswillen, die an der Hetze deutscher Rechtskreise immer wieder Nahrung finden.

F. W. v. Oe.

Konsulmord in Odessa

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wst **Moskau**, 29. Dezember

In Odessa wurde der italienische Vizekonsul Cozzio ermordet aufgefunden. Die Tat ist zweifellos das Werk eines oder mehrerer gewöhnlicher Banditen. Cozzio wurde in einer menschenleeren Nebenstraße niedergeschlagen; die gesamte Oberkleidung und die Stiefel sind ihm geraubt und die Goldzähne ausgeschlagen worden. Der Täter ist bisher unentdeckt.

Die Kehrseite der Fremdenrazzien

ist **Paris**, 29. Dezember

Die Reinigung der Stadt Paris von Fremden und unerwünschten Elementen, die allen Pariser Chansoniers Anlaß zu den blutigsten Witzen gibt, ruft nun auch ernsthafte Beschwerden und Proteste hervor. Die Verkehrsvereine und Hoteliervereinigungen beschweren sich, wenn auch vorläufig ohne direkten Hinweis auf die Pariser Polizeirazzien, über ein erhebliches Sinken des Fremdenverkehrs, das voraussichtlich eine Erhöhung der Hotelpreise zur Folge haben müsse.

Der Wahltermin

Vor einigen Wochen konnte die „Vossische Zeitung" mitteilen, daß die in der Reichsregierung vertretenen Parteien sich darauf geeinigt hätten, Neuwahlen zum Reichstage nicht vor Juni 1928 stattfinden zu lassen. Daß die Regierungskoalition bereits ein volles Jahr vor dem gesetzlichen Ablauf der Wahlperiode den Auflösungstermin erwägen mußte, zeugt dafür, daß auch sie sich bewußt ist, wie wenig die Zusammensetzung des gegenwärtigen Reichstages dem gewandelten politischen Wollen des Volkes entspricht. Im demokratisch regierten Staat kann die legislatorische Arbeit des Parlamentes der zustimmenden Resonanz der Wähler nicht entbehren. Die fehlt dem im Dezember 1924 unter anderen politischen Voraussetzungen gewählten Reichstage. Die Regierungsparteien haben aber daraus nicht die gegebene Folgerung gezogen, den Einklang zwischen Volk und Parlament durch sofortige Neuwahlen wiederherzustellen; ihre Ueberlegungen waren nur darauf gerichtet, einen Vorwand für möglichst lange Hinausögerung des Wahltermines zu finden. Mindestens bis zum Sommer 1928 sollte der schon nach drei Jahren überaltete Reichstag noch beisammen bleiben. Und da die Koalition nicht gut eingestehen konnte, daß lediglich die Angst vor einem unglünstigen, die Mehrheitsverhältnisse umstürzenden Votum der Wähler sie leite, wurden zwei Gründe vorgeschoben: daß die Verabschiedung des Haushaltsplanes für 1928 bis zum 1. April sichergestellt sein, und daß das neue Strafgesetz noch geschaffen werden müsse, damit die mühsame Arbeit, die ein besonderer Ausschuß monatelang geleistet, nicht vergeblich getan sei. Fadenscheinige Gründe, die leicht zu durchschauen und zu widerlegen waren; denn wenn zu Weihnachten aufgelöst worden wäre, hätte der im Februar 1928 zusammentretende neue Reichstag den Etat noch zeitgerecht erledigen können. Und die Arbeit des Strafrechtsausschusses könnte durch ein Ueberleitungsgesetz für den neuen Reichstag nutzbar gemacht werden. Im übrigen haben die Beratungen des Ausschusses ein solches Echo gefunden, daß es durchaus erwünscht erscheint, wenn eine neue Ueberlegungsfrist gewonnen wird. Die Stimmung ist zweifellos im Wachsen, die ganze Reform lieber zu vertagen, als durch einfache Mehrheitsbeschlüsse über schwebende Streitfragen von vitaler Bedeutung einer kommenden besseren Regelung den Weg zu verbauen.

Immerhin: da die Regierungsparteien sich darauf geeinigt hatten, nicht vor dem Monat Juni abzudanken, schien eine Auflösung des Reichstages zu einem früheren Zeitpunkt bisher unwahrscheinlich. Diese Annahme wurde gestützt durch die allgemein bekannte Abneigung des Reichspräsidenten — des in diesem Falle wichtigsten verfassungsrechtlichen Faktors — vor einem vorzeitigen Appell an die Wähler. Der Reichspräsident hat mehrfach erklärt, daß er seine Unterschrift unter ein Auflösungsdekret nur setzen würde, wenn das Kabinett Marx in offener parlamentarischer Feldschlacht fallen sollte, oder wenn alle großen Parteien einmütig ihm den Wunsch nach vorzeitiger Auflösung unterbreiten würden. Diese Stellungnahme des Reichspräsidenten haben die Deutschnationalen, die aus begreiflichen Gründen den allergrößten Wert auf die möglichst lange Erhaltung ihres gegenwärtigen Besitzstandes am Mandat legen, sich stark zunutze gemacht.

Trotzdem hat zwischen Weihnachten und Neujahr die Diskussion über den Termin für Reichstagsneuwahlen erneut eingesetzt. Sie ist ausgelöst worden durch Erklärungen, die Reichsaußenminister Dr. Stresemann in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses abgegeben hat. Ob Dr. Stresemann von den im Mai stattfindenden französischen Kammerwahlen eine Fortsetzung der Entwicklung nach links erwartet, die 1924 die Londoner Konferenz und die Ruhrbefreiung ermöglicht hat, bleibe unerörtert. Wenn es der Fall wäre, dann würde der deutsche Außenminister nur der allgemeinen Prognose folgen, die für das Wahljahr 1928 in Deutschland, in England und in Frankreich einen Erfolg jener Parteien ankündigt, die eine Politik der Mäßigung, der Verständigung, der friedlichen Stabilisierung vertreten. Aber ganz unabhängig von Wahlprognosen ist eines gewiß: wenn die Wahlschlacht in Frankreich geschlagen ist, beginnt eine neue Periode der Aktivität in allen jenen Fragen der Außenpolitik, deren Entscheidung bis nach den Wahlen vertagt worden ist. Das wichtigste Problem in den deutsch-französischen Beziehungen wird wieder akut: die völlige Räumung des Rheinlandes. Dr. Stresemann hat im Auswärtigen Ausschuß offenbar dargelegt, daß es vom deutschen Standpunkte aus unvorteilhaft wäre, wenn sich einem neuen französischen Kabinett monatelang eine Reichsregierung gegenüber befände, die zwar formell zu Verhandlungen legitimiert wäre, aber als Exponentin eines sterbenden Reichstages international nicht mit voller Autorität auftreten könnte. Wenn also in Frankreich im Mai, im Deutschen Reiche aber im Herbst oder gar erst im Winter gewählt werden sollte, dann würden zumindest kostbare Monate ungenützt verloren gehen, ehe im Deutschen Reiche eine neue Regierung

0360